

SOG Vorstand

Objekttyp: **AssociationNews**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **178 (2012)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Samstag, 17. März 2012

10.00 bis 15.00 Uhr

**Regierungsgebäude
(Kantonsratssaal)**

Luzern



Delegiertenversammlung

Programm

- ab 09.15 Abgabe der Stimmkarten
Begrüssungskaffee, offeriert von der Stadt Luzern
Musikalische Begleitung: Brassensemble Militärspiel Heer Ost
- 10.00 Eröffnung:** Oberst i Gst Hans Schatzmann, Präsident SOG
- Grussadressen:** Regierungspräsidentin Yvonne Schärli, Vorsteherin Justiz- und Sicherheitsdepartement des Kantons Luzern
KKdt André Blattmann, Chef der Armee
- Traktanden:**
1. Wahl der Stimmzähler
 2. Protokoll der Delegiertenversammlung vom 12. März 2011
 3. Jahresbericht 2011
 4. Jahresrechnung 2011
 - 4.1. Jahresrechnung SOG 2011; Revisorenbericht 2011; Décharge
 - 4.2. Jahresrechnung ASMZ 2011; Revisorenbericht 2011; Décharge
 5. SOG 2013
 - 5.1. Ausbau des Sekretariats
 - 5.2. Errichtung einer Stiftung
 - 5.3. Statutenänderung (Art. 15 Abs. 2)
 6. Wahlen
 - 6.1. Präsident
 - 6.2. Vorstand
 - 6.3. Revisoren
 7. Budget 2012
 - 7.1. Budget 2012; Festlegung Mitgliederbeitrag
 - 7.2. Budget ASMZ 2012
 8. Verabschiedungen
 9. Varia
- Referat:** «Gedanken zur Zukunft der Milizarmee»
Bundesrat Ueli Maurer, Chef VBS
- 12.30** Apéro, offeriert vom Kanton Luzern
- 13.15** Mittagessen, Hotel Schweizerhof (für Angemeldete)
- 15.00** Ende der Tagung

Die Präsidenten der kantonalen Offiziersgesellschaften und der Fachoffiziersgesellschaften erhalten für sich und die statutarisch festgelegte Anzahl Delegierte persönliche Einladungen. Auskünfte erteilt das Sekretariat der SOG, Telefon 044 350 49 94, E-Mail office@sog.ch

Finanzierbare Armee

Die Diskussion um die Finanzierung der Armee und den Kauf neuer Kampfflugzeuge ist in eine neue Phase getreten. Selbst der Bundesrat versucht, die Parlamentsbeschlüsse vom letzten Herbst zu sabotieren.

Wir erinnern uns: am 29. September 2011 beauftragte das Bundesparlament den Bundesrat mit der Ausarbeitung einer Vorlage zur Weiterentwicklung der Armee.

Bundesbeschluss vom 29. September 2011

Massgebliche Eckwerte für diese Vorlage sind ein Armeebestand von 100 000 Militärdienstpflichtigen und ein Ausgabenplafond von jährlich fünf Milliarden Franken ab 2014.

Für die Befürworter einer leistungsfähigen Milizarmee war der Bundesbeschluss vom 29. September 2011 Grund zur Hoffnung. Damit lehnte das Parlament nicht nur erstmals eine armeepolitische Vorlage des Bundesrates ab, sondern stoppte auch den jahrzehntelangen Trend zum selbsterstörerischen Abbau im Bereich der kollektiven Sicherheit.

Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm 2014–2016 (KAP 14/16)

Der Gesamtbundesrat ist offensichtlich nicht bereit, die «Niederlage» vom letzten Herbst zu akzeptieren. Zu diesem Zweck hat er am 1. Februar 2012 eine «finanzpolitische Standortbestimmung» vorgenommen und für die Jahre 2014–2016 ein «Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm (KAP)» im Umfang von 800 Millionen Franken vorbereitet.

Der Grundtenor dieses Programms besteht darin, dass sich der vorgesehene Ausgabenplafond für die Armee nur finanzieren lasse, wenn in andern Departementen 800 Millionen Franken eingespart werden. Konkret soll dieses Geld nach der Idee des Bundesrates vor allem bei der Bildung und Forschung (325 Millionen Franken) und beim öffentlichen Verkehr und der Umwelt (295 Millionen Franken) eingespart werden. Damit spielt der Bundesrat gezielt verschiedene Aufgaben gegeneinander aus. Mehr Armee heisst nach Ansicht des Bundesrates weniger Bildung und weniger Umweltschutz.

Kein Wunder, dass diese Vorlage von den Medien dankbar aufgenommen wurde.

Die Armee als finanzpolitischer Steinbruch

Dieses Vorgehen des Bundesrates blendet die finanzpolitischen Realitäten völlig aus.

Fakt ist, dass in den letzten zwanzig Jahren ausser dem VBS kein einziges Departement Einsparungen erzielt hat. Während andere Bereiche finanziell regelrecht explodierten, sparte die Armee Jahr für Jahr. Im Jahre 1980 betrug der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bundeshaushalt 20,3 Prozent, im Jahre 2010 waren es noch 7,4 Prozent. Die Konsequenzen dieser Einsparungen tragen die Armeeingehörigsten: zu wenig Ausrüstung, überaltertes Material, verlotterte Immobilien.

Die Politik in der Pflicht

Es grenzt an Demagogie, wenn der Bundesrat behauptet, die moderate Erhöhung des Verteidigungsausgabenplafonds bedinge Einsparungen an andern Orten. Bei einem Bundesbudget von rund 64 Milliarden Franken machen 800 Millionen Franken gerade einmal 1,2 Prozent aus und liegen damit im budgetären Streubereich.

Der Bundesrat wird voraussichtlich Ende Juni 2012 die Vernehmlassung zum Konsolidierungs- und Armeefinanzierungsprogramm 2014–2016 eröffnen. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft erwartet, dass die Wirtschaftsverbände und die bürgerlichen Parteien und Parlamentarier dieses Spiel des Bundesrates durchschauen und sich ohne Wenn und Aber hinter die Beschlüsse vom 29. September 2011 und damit hinter die Milizarmee stellen. Alles andere wäre ein Betrug an der Armee und damit an der Sicherheit unseres Landes. ■

*Oberst i Gst Hans Schatzmann
Präsident SOG, Kdt Stv Inf Br 5*

Das bewegt die SOG

Wehret den Anfängen!



Einen Schritt in die falsche Richtung macht der Bundesrat in seinem Bericht zur «Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+» mit dem Vorschlag, auch militärdiensttaugliche Personen in den Zivilschutz einzuteilen. Damit stösst er quasi die Tür zur allgemeinen Dienstpflicht auf. Es ist unzulässig, im Vorfeld der Auseinandersetzung um die allgemeine Wehrpflicht die bisherige Regelung mit solchen Vorschlägen zu unterminieren. Die Initiative der GSoA gefährdet auch das System Bevölkerungsschutz. Sie ist diskussionslos und ohne jegliche Alternativen abzulehnen.

Im Rahmen der Sicherheitspolitik erfüllt die Armee mit der Landesverteidigung die schwierigste Aufgabe. Ihr stehen deshalb prioritär die geeigneten personellen Ressourcen zu. Eine Konkurrenz des Zivilschutzes, der möglicherweise kürzeren, bequemeren Dienst und weniger gefährliche Einsätze verheisst, muss ausgeschlossen bleiben.

Sorgenvoll beobachtet die SOG die Tendenz, der Armee laufend Mittel zu entziehen. Seit Jahren wird ihr Budget als finanzieller Steinbruch missbraucht. Mit der «Weiterentwicklung» wird der Armeebestand halbiert, und nun sollen also auch Militärdiensttaugliche im Zivilschutz eingesetzt werden. Zudem erwägt man, den Zivilschutz mit schwerem Material auszurüsten, ohne damit die Einsatzmittel der Armee zu duplizieren. Was heisst das konkret? Dass man die Mittel von Genie- und Rettungsverbänden reduziert? Das hätte gerade noch gefehlt!

Die Schweiz pflegt mit ihren sicherheitspolitischen Instrumenten ein wohl austariertes System. Es ist sicher sinnvoll, die Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen dem Bund und den Kantonen im Rahmen des Bevölkerungsschutzes zu klären. Die bisherige Personalteilung zwischen Armee und Zivilschutz hat sich jedoch bewährt, daran ist nicht zu rütteln. Die SOG hat dies in ihrer Vernehmlassung zum Strategiebericht unmissverständlich dargelegt.

*Ihr Präsident
Oberst i Gst Hans Schatzmann*